



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Josef Zellmeier, Thomas Huber, Barbara Becker, Martin Bachhuber, Matthias Enghuber, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Petra Högl, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU

Haushaltsplan 2023;

**hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 684 78)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 10 07 wird der Ansatz im Tit. 684 78 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen) um 500,0 Tsd. Euro von 20.370,4 Tsd. Euro auf 20.870,4 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 02 Tit. 893 06.

Begründung:

Mit einem Modellprojekt für eine landesweite Fach- und Servicestelle für Jugendbeteiligung als zentrale Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie Fachkräfte der Jugendhilfe und Jugendarbeit soll erprobt werden, wie diese bei Beteiligungsprozessen durch Beratung, Qualifizierung und Vernetzung vorhandener Strukturen besser unterstützt werden können. Ziel einer bayernweiten Fach- und Servicestelle für Jugendbeteiligung soll sein, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu fördern, indem sämtliche Akteure der Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit von öffentlichen und freien Trägern bei der Weiterentwicklung und dem Ausbau von Maßnahmen der politischen Beteiligung und Engagementförderung kontinuierlich unterstützt, begleitet und befähigt werden. Darüber hinaus könnte das Aufgabenfeld der Fach- und Servicestelle die Begleitung und finanzielle Unterstützung (bspw. Empfehlungen zur Weiterentwicklung einschlägiger Förderinstrumente im Hinblick auf die Förderung von Jugendpartizipation) von Kommunen bzw. politischer Mandatsträger auf kommunaler Ebene, die Vernetzung der Beteiligungsfachkräfte für Jugendbeteiligung bzw. der Jugendparlamente in Bayern sowie die Qualifizierung von Fachkräften innerhalb und außerhalb der Jugendverbandsarbeit – insbesondere mit Blick auf die Vielfalt der erreichten jungen Menschen und die qualitative Entwicklung der Beteiligungsformate – umfassen. Aufgrund der bereits bestehenden Strukturen wäre die modellhafte Einrichtung einer Fach- und

Servicestelle für Jugendbeteiligung – ohne Schaffung von Doppelstrukturen – beim Bayerischen Jugendring (BJR) grundsätzlich fachlich sinnvoll (siehe Drs. 18/19093).